

Krafsauer Zeitung.

Nr. 288.

Samstag, den 14. December

1861.

Die „Krafsauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafsau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 10 Nkr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für 10 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelber übernimmt die Administration der „Krafsauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Platten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 6. December d. J. dem Registratur-Direktor des k. k. Ministeriums des kaiserlichen Hauses und des Hauses des k. k. Erbprinzen v. Friedenthal die Annahme und das Tragen des ihm verliehenen ottomanischen Medals-Ordens vierter Klasse allergnädigst zu gestatten geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 14. December.

Der „Constitutionnel“ tritt mit großer Entscheidung für die englisch-französische Allianz und für die Sache der amerikanischen Südstaaten in die Schranken. Allerdings, meint Herr Grenier, trifft die Beleidigung England allein; aber dennoch dürfte man nicht übersehen, daß über dieser vereinzelten That, welche die England allein berührt, das schmachvollste Mißverhältnis und mit Füßen getretene Recht der Neutralen sich befindet. Nur durch Zufall sei England allein beleidigt worden. Die beiden Abgesandten der Südstaaten hätten ebenso gut in den Gewässern von Cherbourg und unter der tricolornen Flagge gekapert werden können. Deshalb habe auch Frankreich Grund, mit allen Entwürfen gegen einen so schreienden Mißbrauch der rohen Gewalt zu protestiren. Man spreche immer von den französischen Sympathien für die amerikanische Union; aber diese Union bestche nicht mehr, man suche sie vergebens auf der Karte. Auch könne man sich fragen, ob denn die Vereinigten Staaten stets eine so treue und warme Dankbarkeit für Frankreich an den Tag gelegt, daß es von Seiten des letzteren ein Verdacht sei, das eigene Interesse dem Interesse des Nordens vorzuziehen. Während der letzten schätzigen Jahre wiege die Feindseligkeit das Mißtrauen, die Undankbarkeit der Vereinigten Staaten bei weitem die vielen Proben ihrer Freundschaft und Anhänglichkeit auf. Man suche die Sache des Nordens zu idealisiren und gleichbedeutend mit der Sache der Menschheit selbst, die Sache des Südens als die Sache der Sklaverei hinzustellen. Es handelte sich doch wohl um etwas Anderes. Die freitragenden Prinzipien seien die Freiheit des Individuums, die Freiheit der Presse, des Wortes und namentlich des Handels. Der „Constitutionnel“ sieht nirgends auch nur den Schatten eines sichhaltigen Grundes, um den Südstaaten die Sympathien zu verweigern oder zu verhandeln. Eben so wenig können sie eine plausible Ursache vorschützen, um in dem gegenwärtigen Conflict die englische Allianz zu opfern. Die englisch-französische Allianz sei der allgemeine Friede und allgemeine Sicherheit, sie sei die Grundlage der Civilisation, der Angelpunkt der modernen Welt.

An der Pariser Börse ging am 9. das Gerücht, Thowenel habe förmlich gegen das völkerrechtswidrige Gebahren des Capitän des San. Jacinto protestirt; daselbst ist nach der Independance jedenfalls grundlos; glaubwürdiger erscheint einem Correspondenten desselben Blattes die Mittheilung, Thowenel habe sich über die Haltung der Nordstaaten dahin geäußert, daß ihm dieselbe durchaus „unlogisch“ vorkomme; denn wenn die Südstaaten keine „kriegsführende Macht“ sein sollten, was der Norden da fortwährend behaupte, so gebe es auch ja keinen „Krieg“, und wenn keinen Krieg, so auch keine Contrebande, und der Capitän des San Jacinto habe somit an Bord des Trent nichts zu suchen gehabt. Daß hat man in Washington ganz gut begriffen. Deshalb wurden sofort die Herren Mason und Slidell die früher stets als Rebellen behandelt wurden, zu Gefangenen promovirt.

Der Moniteur vom 11. d. erklärt in seinem Bulletin, daß er über den anglo-amerikanischen Conflict eben so wenig über die Debatten in der Turiner Deputirtenkammer eine Meinungsäußerung abzugeben habe.

Der „Temps“ macht darauf aufmerksam, daß der „Moniteur“ in der Veröffentlichung der Davis'schen Botschaft die ganze Stelle, wo in der Präsidial-Entscheidung jede Ausöhnung mit dem Norden für unmöglich erklärt und mit Repressalien für die von den Unionisten angeblich begangene Gewaltthat droht, geradezu weggelassen hat. Der Temps bemerkt, daß dieses Verfahren nicht zu rechtfertigen sei.

Der „Times“-Correspondent in Amerika, William Russell, versichert in seinem neuesten Bericht: Die größten Juristen in Washington seien der Ansicht, daß die Gefangennahme der südlichen Commissäre unter den bekannten Umständen nicht zu rechtfertigen sei. Doch äußern sie sich in dieser Weise nur gegen Privatpersonen, öffentlich mit dieser Ansicht hervortreten, habe keiner von ihnen den Muth.

Ueber die Blockade-Frage wäre nach einem Pariser Schreiben der „K. Z.“ eine gemeinsame Verständigung zwischen England und Frankreich bereits erzielt. Die Blockade soll, nach den Bestimmungen des pariser Congresses, als nicht effektiv und demgemäß als nicht gültig angesehen werden. Die übrigen Mächte, welche an dem Congress mit betheiligigt waren, sollen sich bereits dieser Ansicht angeschlossen haben, selbst Rußland, das jedoch sich vorbehalten hat, durch die seine Erklärung in keiner Weise zu irgend einer Betheiligung an einem Kriege gegen die Nordstaaten sich zu verpflichten.

Wie aus Kopenhagen telegraphirt wird, haben die Gesandten Desterreichs und Preußens am vergangenen Dienstage (10.) dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten die Antwort ihrer Regierungen auf den letzten Vorschlag Dänemarks vorgelesen.

Das gestern erwähnte Votum des dänischen Volksraths, die Regierung unterstützen zu wollen in ihren Bestrebungen, eine solche Ordnung der Dinge herzustellen, wie sie in der Depesche vom 1. August 1861 angedeutet sei, ändert nichts an dem Stand der deutsch-dänischen Sache. Der Inhalt dieser Depesche ging dahin, daß man, englischen Rathschlägen folgend, Holstein für das laufende Jahr nur mit dem Normal-Budget von 1856 festgesetzt Summe — statt mit einer größeren — zu dem gemeinsamen dänischen Budget der Monarchie heranziehen wolle. Diese Concession wird aber ausdrücklich als provisorisch bezeichnet.

Der „Norddeutsche Grenzboten“ veröffentlicht jetzt ein bereits aus dem J. 1851 datirendes Actenstück, welches sich unter den Documenten befand, die bei der letzten Session des dänischen Reichsraths in der heimischen Sitzung vorgelegt wurden und Bezug hat auf die Thronensatzung Hesses in Dänemark. Es ist ein Schreiben des Prinzen Frederik Wilhelm von Hessen an den dänischen Staatsrath und enthält die Erklärung, daß der Prinz mit Entsagung auf das legitime Erbrecht, welches ihm die Geburt auf die Krone Dänemarks nach dem Aussterben des Mannstammes sicherte, als das schwerste Opfer ansehe, das er nur in tiefer Wehmuth dargebracht habe. Er habe durch seine Entsagung seine wahre Liebe und sein Interesse für das Land und die Nation kundgegeben und die Bestrebungen des Königs fördern und ermöglichen wollen, „die darauf gerichtet sind, durch ein beabsichtigtes Hausgesetz die Integrität der dänischen Monarchie in dem Umfange aufrecht zu erhalten, welcher mit dem europäischen Staatengleichgewicht, sowie mit den Tractaten und Garantien übereinstimmt, und wodurch die Würde und Bedeutung eines uralten Gesamtstaates bewahrt, das Glück und die Ruhe desselben begründet und sein Geschick der Ungewissheit und den Gefahren entzogen wird, welche dessen Zukunft und allgemeinen Frieden bedrohen.“ Der Prinz bat am Schlusse den Staatsrath, diese seine Beweggründe auf geeignetste Weise zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. — Dieser letztere Wunsch wurde indes, wie schon oben erwähnt, vom Staatsrath nicht erfüllt.

Das Ministerium Ricasoli hat, wie gestern gemeldet, in der römischen Frage gestiegt, die Kammer hat die obwaltenden Schwierigkeiten erkannt und sich begnügt, den Wunsch nach Rom als künftige Hauptstadt und zwar mit Beifügung des von Buoncompagni beantragten Vertrauensvotums auszusprechen. Nichtsdestoweniger ist das Ministerium neuer Kräfte bedürftig. Nun ist aber, schreibt der Turiner Correspondent der „K. Z.“, Rattazzi gegenwärtig die einzige Persönlichkeit, welche dem Cabinet einen genügenden Zuwachs an Autorität und Einsehen einbringen würde, und dieser Hatzsache gegenüber werden schließlich alle Bedenkllichkeiten weichen müssen. Wo die Schwierigkeit liegt, ist bei genügender Kenntniß der Sachlage leicht einzusehen: Rattazzi hat sich vor einiger Zeit selbst dem Ministerpräsidenten gegenüber zur Uebernahme des Posteswillens des Innern bereit erklärt, und Ricasoli hat das Anerbieten abgelehnt. Man glaubt, daß die Verlegenheit, in welcher jetzt beide Staatsmänner, der eine dem andern gegenüber, sich befinden, durch die Vermittlung des Königs gelöst werden wird, und man zweifelt nicht daran, daß Rattazzi in diesem Falle der Stimme des Monarchen unbedingt folgen wird.

Der Piemonte schlägt vor, dem Baron Ricasoli ein Monument zu errichten, das aus einem großen Fiasco (Fiasco) besteht, im Italienischen auch eine große Flut (Flut) bestehend, in welcher man den Brief an den Papst und eine Masse Gartenpflanzen: Kürbisse,

Gurken, gebe Rüben u. in Weingeist aufbewahren würde, — eine Anspielung auf die landwirthschaftlichen Talente des edlen Barons. Ein geistreicher Italiener charakterisirt neulich die Lage Piemonts mit folgenden drei Sätzen: A Roma — non si va; a Napoli — non si sta; Italia — non si fa! (Nach Rom gingen wir gern, in Neapel sind wir nicht Herr'n, in Italien ist noch fern.) Treffender könnte man die Lage auch nicht schildern.

Der „Constitutionnel“ hatte die Kosten der französischen Occupation-Armee in Rom von 1849 bis 1861 auf 71.524.000 Frs. veranschlagt und hinzugefügt: „Da jedoch die Kosten für Ausrüstung, Unterhaltung, Munition u. hierbei nicht einbezogen sind und man gewöhnlich 1000 Frs. pr. Mann und Jahr, Alles zusammengerechnet, annimmt, so würden sich demnach die wirklichen Kosten der Occupation-Armee auf nicht weniger wie 128.225.000 Frs. bis jetzt belaufen.“ Dagegen bemerkt heute die „Patrie“: „Die Aufstellung, daß 1000 Mann eine Million jährlich kosten, bezieht sich auf die vollständige Organisation, Kleidung, Kasernierung der Truppen; deshalb müsse man von den 168 Mill. des „Constitutionnel“ 56 Mill. abziehen. Man könne auch die Zinsen für einmalige Ausgaben nicht in Anschlag bringen. Wollte man so rechnen, so habe die Eroberung und Behauptung Algeriens, ist jetzt über 6, der Krim-Feldzug, der damals 1400 Mill. gekostet, heute schon über 2 Milliarden gekostet. Es bleibe in Wirklichkeit eine Summe von 71 Millionen übrig für 13 Jahre Occupation, was also ungefähr 5 1/2 Millionen auf das Jahr ausmache. Rechnet man aber die Kosten ab, welche der Unterhalt derselben Truppen auch in Frankreich selbst verursacht habe, so bliebe nur eine jährliche Ausgabe von 2.750.000 Frs. jährlich für den dem h. iligen Vater gewährten Schutz übrig.“

Die „Patrie“ bemerkt, daß gegenwärtig die Räumung Roms theurer, als die bisherige Occupation zu stehen kommen würde; denn ein französisches Heer müßte nach Italien zurückkehren, entweder um es der Revolution zu entreißen, oder es gegen die unaussprechlichen Folgen eines wahnsinnigen Angriffes auf Venedig zu vertheidigen, welcher zweite Rettungsact Frankreich in einen europäischen Krieg verwickeln würde. „71 Millionen auf 13 Jahre vertheilt!“ ruft der „Ami de la Religion.“ „Man vergleiche doch einmal diese Zahl mit den enormen Kosten des italienischen Krieges! Frankreich hat für eine Nationalitätenfrage sein Gold und sein Herzblut reichlich verschwendet, man findet nichts dagegen einzuwenden und will uns eine Frage verausgabt werden, bei der die Ehre des Landes, seine beständigen Traditionen, die Wissenschaft, die Freiheit der Kirche, die ganze Christenheit und die Civilisation selbst betheiligt sind.“

Die „Gazette de France“ bemerkt zu der Kostenrechnung des „Constitutionnel“: „Die Tabelle ist sehr lehrreich. Sie zeigt z. B., daß die Republik für die schwierige Expedition und Belagerung von Rom nicht mehr ausgegeben hat, als das Kaiserreich für die einfache Occupation der Stadt und ihres Vertheidigungsapparats. Es kostete die republikanische Regierung beinahe weniger, Garibaldi, Maggini und Canino aus der ewigen Stadt zu jagen, als es das Kaiserreich kostete, um das von dem schweren Frankreichs beschirmte Rom besetzt zu halten.“

Aus Genua wurde kürzlich von einer wälsch-tyroler Adresse an Garibaldi und von dessen Antwort auf diese Kundgebung berichtet. In seiner Antwort fordert Garibaldi die Bevölkerung von Wälschtyrol auf, „einer baldigen Befreiung gewärtig zu sein und sich auf dieselbe vorzubereiten.“ Diese Mittheilung macht hier Aufsehen. Zugleich erregt es in manchen Kreisen eine nicht geringe Verwunderung, daß dieselbe von dem größten Theil der deutschen Presse ganz ruhig hingenommen wird. Wälschtyrol ist bekanntlich deutsches Bundesgebiet, und derjenige, welcher die Bevölkerung dieses Landes zu „Befreiungsthaten“, das heißt nachrichtigem Sprachgebrauch zum Abfall von ihrem rechtmäßigen Herrscher und zum Anschluß an das „einige Italien“ auffordert, ist ein General in Diensten des Königs Victor Emanuel. Mit ihm trägt das Turiner Cabinet die volle Verantwortlichkeit für dessen in politischer und noch dazu internationale Angelegenheiten eingreifende Handlungen. Mag Garibaldi auch für den Augenblick nicht im activen Militärdienst stehen — er befindet sich anerkannt in einem sehr nahen Vertrauensverhältnis zum sardinischen Monarchen, ist jedenfalls ein von Turiner Befehlen abhängiger Untergeordneter und steht so unmittelbar auf der Linie der activen Dienstverwendung, daß eben jetzt mit ihm wegen Uebernahme eines bedeutenden Truppencommandos

verhandelt wird. Unter solchen Umständen kann Garibaldi's Adressantwort gewiß nicht dem Bereich unversänglicher Privatvergünstigungen beigezählt werden. Vielmehr liegt hier augenscheinlich der Fall vor, daß ein in einflussreicher Stellung befindlicher General des Königs Victor Emanuel die Unterthanen eines Nachbarstaates, mit welchem sein Souverän in Frieden lebt, offen zur Empörung und zum Abfall anreizt. Für solches Gebahren aber hat der ganzen Sachlage nach das Turiner Cabinet einzustehen und muß dafür auch thatsächlich in Anspruch genommen werden.

Ein Berliner Correspondent der „PZ.“ regt nun die Frage an, ob der deutsche Bund es nicht für seine Aufgabe erachten sollte, die Turiner Regierung für die von einem ihrer Vertrauensmänner und Untergebenen begangene arge Verletzung internationaler Pflichten streng zur Rechenschaft zu ziehen? Mit der Adresse hat es dieselbe lächerliche Bewandniß wie mit der Adresse der böhmischen Frauen und Jungfrauen an Garibaldi. Uebrigens kommt es hier nicht an auf die Adresse, sondern auf Garibaldi's unverschämte Antwort.

Ueber die Dappenthalsfrage schreibt die Eidgen. Ztg.: Frankreich hat immer behauptet, es brauche das Dappenthal, weil es sonst keine andere Straße nach dem Lande der Schweiz habe. Da diese Behauptung auch in der deutschen Presse wiederholt wurde, so dürfte, da sie gänzlich irrig ist, eine Berichtigung am Platze sein. Das von Lyon nach Gex eine Kaiserstraße führt, ist bekannt. Die Straße, welche Moner und Les Rouffes mit Gex auf der entgegengesetzten Seite verbindet, geht zwar durch das Dappenthal, macht aber dafür auch einen Umweg. Es wäre weder schwer noch kostspielig, eine gerade Straße zu bauen, welche das schweizerische Gebiet nicht berühren würde. Die Eidgenössische Zeitung fragt: „Wäre nicht in diesem Umfange ein Ausgleichungsmittel zu suchen? Nämlich in dem Anerbieten, diese Straße auf Kosten der Schweiz zu bauen?“ Dieses Anerbieten, das beinahe unmöglich angenommen werden könnte, meint das genannte Blatt, würde den wahren Sachverhalt herausstellen und Frankreich müßte einsehen, daß es sich um eine Summe handelt, welche in seinem großen Budget nicht bemerkbar wäre.

Einige französische Correspondenzen melden, der German wegen der Donaufürstenthümer rufe nachträglich Proteste Coufa's hervor. Es handelt sich wahrlich besonders um die Provinzialitäten, welche der German in den Fürstenthümern getrennt vorschlägt und ähnliche nicht sehr wesentliche Details der Ausführung.

Ein Pariser Correspondent der „Zeit“ schreibt: Der Fürst Coufa hat erklärt, daß die neue Organisation ihm d. s. Regieren fast unmöglich mache. Die Befugnisse der Kammer seien bisher schon exorbitant gewesen; nun vereinige man noch mit denselben die Attributionen der bisherigen Centralcommission von Fockhani, d. h. man mache aus der Kammer gleichzeitig einen Staatsrath und eine gesetzgebende Versammlung. Coufa behauptet, daß der German über die Vereinigung der Donaufürstenthümer gegen den Pariser Vertrag von 1846 verstoße, welcher der Pforte jede Einmischung in die innere Organisation der Fürstenthümer untersagt.

„Pays“ bringt eine Depesche aus Athen, der zufolge das griechische Cabinet in nachstehender Weise modificirt werden soll: Canaris, Ministerpräsident und Marine; Christides, Finanzen; Galtigas Justiz; Batmis, Auswärtiges und Unterricht; Bulgarris, Inneres.

In einem Artikel über die Discussion des Pressegesetzes hebt die „Donau-Zeitung“ die seltene Einmüthigkeit in der Behandlung desselben hervor. Ungeachtet der verschiedenen politischen Schattierungen, die im Unterhause bestehen, herrsche doch nur eine Meinung über die Nützlichkeit, ja Unerläßlichkeit der freien Presse. Dieser Einklang der Ansichten bedingte denn auch die Versammlung, raschen Schrittes über die Generaldebatte hinwegzugehen und auch die Spezialdebatte mit größtmöglicher Beschleunigung zu pflegen. In der Rede, welche der Bischof Firsi über den Gegenstand hielt, begnügen uns Anklänge, die auf eine ziemlich strenge Auffassung in Betreff der zu weichen auch schädlichen Einwirkungen der freien Presse schließen ließen; dessenungeachtet war seine Rede der Befürwortung des Pressegesetzes gewidmet; denn dagegen hatte sich kein einziger Redner einzusetzen lassen. Dieser Umstand scheint der „Donau-Zeitung“ von erfreulicher Bedeutung zu sein für die unverbrüchliche Dauer der Pressefreiheit in Desterreich. Dagegen kann sich die „Donau-Zeitung“ dem Gedanken nicht begeben, für dasselbe sofort und ohne Rücksicht auf

die bestehende Strafproceßordnung und den unzertrennlichen Zusammenhang, in dem sich mit ihr jede Strafbestimmung bezüglich der Presse befindet, Geschwornengerichte einzuführen. Die politischen Leidenschaften scheinen ihr noch zu wenig abgekühlt, hin und wieder sei im Volke noch zu geringes Verstandniß für das Erfassen des Wesens und der Bedingungen der hochwichtigen Institution vorhanden, als daß nicht etwa bloß die Regierung, sondern die Gesellschaft selbst wünschen und wagen könnte, das Urtheil über Fragen oft von der schwierigsten und verwickeltesten Beschaffenheit überall im Reiche und ohne jeden Vorbehalt dem Urtheile von Laien, welche der Zufall aufruft, anzuvertrauen, die sich zur Beurtheilung derselben erst allmählig durch den Genuß der Freiheit und die Vortriebsbewegung der allgemeinen Kultur heranbilden müssen.

Ueber die Wegschaffung der Batterien in der Sutorina durch österreichische Truppen schreibt der „Moniteur“: „Man kennt gegenwärtig das Bewandniß dieser Angelegenheit. Auf den Höhen, welche die Militärstraße dominieren, waren von den Rebellen der Herzogin eine Batterie so aufgeführt worden, daß sie den Verkehr zwischen den Gebieten von Ragusa und Cattaro hemmen konnten; dieser Umstand veranlaßte die Entsendung einer Abtheilung kaiserlicher Truppen, welche die Befestigung hatten, die Batterien zu zerstören und dann sofort in ihre Kantonnirungen zurückzukehren. Die Angelegenheit hat keine weitere Folge gehabt und wird auch wahrheitsgemäß keine mehr haben. Die Sutorina ist ein neutrales Gebiet, an dessen Verhältnissen ohne gegenseitige Zustimmung der beiden dabei interessirten Parteien, nämlich Österreichs und der Pforte, nichts geändert werden kann.“

Die Wiener Corr. schreibt zur Sutorina = Angelegenheit: „Diesen Blättern wurde gestern gemeldet, daß die Vertreter Frankreichs, Preußens und Russlands im Laufe der letzten Tage wiederholt Besprechungen mit dem Grafen Rechberg gehabt hätten, ausschließlich in der Sutorina = Angelegenheit. (Wie verlautet, hieß es, verlangt Rußland, daß die zwei erbeuteten Kanonen zurückgestellt werden. Auch der Depeschwechsel war ein sehr lebhafter, es sind zwei Courriere nach Petersburg abgegangen). — Wir glauben zu wissen, daß von Seite Russlands seit der ersten Anfrage in der Sutorina = Angelegenheit keinerlei weitere Mittheilung über diesen Gegenstand erfolgt ist und der Gesandte Russlands weder wiederholte Besprechungen mit dem Grafen Rechberg gehabt hat, noch der Depeschwechsel ein häufigerer als gewöhnlich war. Dem Vernehmen nach ist seit längerer Zeit nur ein russischer Courier von hier abgefertigt worden, und zwar soll derselbe nicht nach Petersburg, sondern nach Warschau gegangen sein.“

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 13. Dezember. Se. Majestät der Kaiser empfing gestern Vormittags den Herrn Minister Graf Rechberg und den k. k. v. Botschafter am kais. russischen Hofe Grafen Thun und ertheilte sodann an 110 Personen Audienz. Hierunter befanden sich: Der Präsident des Herrenhauses Fürst Auersperg, der Landesmarschall Fürst Kollorodo = Mannsfeld, Fürst Clary, Graf Robili, FML. Baron Reichach, SM. Graf Wrba, Oberst Graf Auersperg, Marquis Palavicini, SM. Baron Gablenz, ferner sieben Mitglieder der hier anwesenden slovakischen Deputation. Bischof Moyses hielt bei Ueberreichung der Petition eine Ansprache, in welcher er die Verdienste und Wünsche der Slovaken in Kurzem zusammenfaßte. Die Deputation hatte sich, wie die Autogr. Korresp. wissen will, eines sehr huldreichen Empfanges zu erfreuen und wurde mit den trostreichsten Zusagen entlassen. Die Mitglieder der Deputation versammelten sich dann zu einem Abschiedsessen im Hotel „zum König von Ungarn“ und reisen heute in ihre Heimat.

Se. Maj. der Kaiser hat der deutsch = morgenländischen Gesellschaft in Leipzig neuerdings einen Jahresbeitrag von 525 fl. aus Staatsmitteln auf die Dauer von drei Jahren bewilligt.

Ihre k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Hildegard ist nach Venedig abgereist. Der englische Botschafter Lord Bloomfield hat am Mittwoch dem französischen Botschafter Herzog v. Grammont zu Ehren ein diplomatisches Diner gegeben, zu dem nebst anderen Gästen die Herren Minister Rechberg, Schmerling und Widenburg, dann der türkische Botschafter Fürst Kallimachi, der russische Gesandte Herr v. Balabine, der preussische Gesandte Herr Baron v. Werther u. A. m. geladen waren.

Bischof Graf Forgach ist am 10. d. Abends hier angekommen und hat gestern seinen Abschied als Administrator des Graner Komitats in die Hände des Kaisers geleistet.

In der Sitzung des kaiserlichen Staatsraths des 9. d. M. verlas der Podestata eine Zuschrift Sr. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Ferdinand Max, in welchem die Zustimmung dazu gegeben wird, daß die Angelegenheit betreffs der jährlichen Betheilung armer Familien aus der den Namen Sr. k. Hoheit führenden Stiftung aus Rücksichten des Parteigefühls nicht vom Stadtrathe in öffentlicher Sitzung sondern vom Gemeinde = Ausschusse verhandelt werde, welche Modifikation in die betreffende Stiftungsurkunde angenommen wird. In derselben Urkunde wurde der Antrag wegen Gleichstellung der Bewohner des Territoriums mit den Stadtbewohnern in ihren gegenseitigen Rechten und Pflichten einer Kommission zu erneuerter Prüfung zugewiesen. Das Project behufs Errichtung einer Schule für Schiffszugung wurde zur Begutachtung zunächst an die Handels- und Gewerbekammer geleitet.

Der „Öst. Post“ wird aus Triest über die piemontesische und die österreichische Marine geschrieben: Der piemontesische Marine = Minister Menabrea meint, die italienische Flotte sei jetzt schon der österreichischen und der spanischen überlegen. Unsere Flotte habe nur 700 Kanonen und 6000 Pferdekraft. Wohl dürfte sich der Herr Marineminister in seinem Calcul, den wir hier nicht nachrechnen wollen, etwas irren; es dürfte sich mit der piemontesischen Marine ebenso verhalten, wie mit der piemontesischen Armee. Es ist nicht die Zahl der Schiffe und Kanonen, welche einen Seekrieg entscheidet, aber die zweckmäßige Verwendung derselben, die Tüchtigkeit der Offiziere und Mannschaften, die Kenntniß eines schwierigen Meeres und die Vortheile, welche der Besitz naher, sicherer, geschützter Häfen bietet. Oesterreich hat keineswegs die Absicht, einen Offensivkrieg gegen Piemont zu führen, in einem Defensivkrieg ist es ihm aber in jeder Hinsicht überlegen — und kann getrost einen Angriff der italienischen Flotte entgegensehen. Man ist hier genau von der Kriegstauglichkeit der letzteren unterrichtet. Einstweilen ist Oesterreich in der Lage, fünf große Panzerfregatten mit eigenen Mitteln zu bauen und auszurüsten, während Piemont seine neuen Schiffe im Auslande bauen läßt. Außer den Genuesen der Riviera hat Piemont keinen kriegstauglichen Matrosen, während uns Istrien und Dalmatien ausgezeichnete liefert. Ein im Kampfe beschädigtes österreichisches Schiff kann leicht Pola, Lissa, Cattaro, Gravosa, welche Häfen durch achlunggebietende Befestigungen geschützt sind, erreichen, um seine Schäden auszubessern, während die sardinischen den einzigen Hafen von Ancona, der aber noch lange nicht im gehörigen Stand ist, wird, zu diesem Zwecke verwenden können. Oesterreich hat längs seiner ganzen Seeküste Telegraphenstationen, welche die Flotte von jeder Bewegung feindlicher Schiffe in einem Momente unterrichten können, während diese in offener See auf ihre Ausluger und Avisoschiffe beschränkt ist. So hochtrabend nun auch die Worte des Marineministers Menabrea klingen, so hat, wie gesagt, die österreichische Marine keinen Grund, darüber zu erschrecken.

Deutschland.

Am Koburg = gothaischen Hofe ist vor einigen Wochen ein Protest des Herzogs von Meiningen gegen die Militärconvention mit Preußen eingegangen, dessen Hauptstelle folgendermaßen lautet: „Insofern aber und insofern die besagte Convention jetzt oder in der Folge eingreifen könnte in die agnatischen Rechte Meines herzoglichen Hauses die dasselbe anspricht in dem gothaischen Gesamthause, insofern und insofern muß ich dieser Convention Meine Anerkennung versagen, und dagegen Meinem herzoglichen Hause alle Rechtszuständigkeiten vorbehalten, und bei Ew. Hoheit und Liebden Selbst die gegenwärtige Rechtsverwahrung einlegen.“ Der Herzog von Koburg hat jedoch in seiner Antwort hierauf geäußert, dem Proteste seine Anerkennung verweigern zu müssen, da es sich um einen lediglich dem Regierungsgebiete angehörenden Act handle.

Die großherzoglich hessische Regierung ist dem Verträge zwischen Preußen und Großbritannien wegen gegenseitigen Schutzes der Autorenrechte gegen Nachdruck und unbefugte Nachbildung vom 13. Mai 1846 und dem Zusatzvertrage vom 14. Juni 1855 beigetreten.

Die in der vorletzten Bundestagsitzung abgegebene badische Gegenerklärung gegen die der kurhessischen Regierung widerlegt, dem „Fr. Z.“ zufolge, die Beschuldigung der letzteren damit, daß sie sagt, die Bewegung sei schon in Kurhessen gewesen, bevor Baden seine Ansicht in dieser Sache geändert habe. Baden habe es aber für seine Pflicht gehalten, von einem Wege abzugehen, der, wie die Erfahrung gezeigt, zu keinem Erfolge führen könne. Baden müsse dagegen auftreten, daß die kurfürstliche Regierung ihren Standpunkt dem Bund als einen unumwandelbaren darzustellen: der Bund habe das Recht, seinen Beschlüssen nach dem Gebot der Umstände eine beschränkte Bedeutung beizulegen. Die badische Regierung werde fortfahren, nach besser Einsicht auch in der Zukunft ihr Verhalten zur Sache zu bemessen.

Ueber die Situation in Preußen im Hinblick auf den Zusammentritt des neuwählten Abgeordnetenhauses schreibt die „Schles. Ztg.“: „Zweierlei Punkte gibt es, welche einen mächtigen Eindruck machen, die Steuerzahlung und die Angst vor Krieg. Treten diese auch nicht offen hervor, so werden sie doch den Ausschlag bei den Wahlen gegeben haben. Denn die Großmachtsstellung von Preußen, welches an der Spitze von Deutschland treten soll, ist für viele in der That nur Phrasen, wie dieses schon daraus erhellt, daß man allerdings eine Eroberung von Kurhessen, aber nur ja keinen Einmarsch in Posen empfiehlt, auch auf die nebelhafte Entwaffnung in Frankreich hinweist. Nur recht viele antifeudale Zeitungsartikel und Kammerreden, nur recht viel deutsches Parlament, in welchem wieder eben so viel gesprochen wurde — und dabei eine allmähliche Verminderung der deutschen Zustände in demokratisch = radikalem Sinne. Weiter verlangt Mancher gar nichts, und zu diesem Behufe braucht Preußen keine starke Armee und kein besonders hohes Budget. Dieses der Grundgedanke der jetzigen Bewegung, und es würde damit Preußen zu einer Macht umgebildet wie es Napoleon oder die Kleinstaatlen nicht besser wünschen könnten. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß man nicht Mittel und Wege finden könnte, bei dem Armeebudget Ersparnisse einzuführen, also auch die Steuern zu erleichtern, allein bei dieser Militärvorlage tappen alle Redner und Schreiber gänzlich im Dunkeln, sie wissen ja gar nicht, wie das Budget für 1862 lauten werde, welches Gesetzentwurf über den Kriegsdienst beabsichtigt ist, wie überhaupt die Finanzverhältnisse des Jahres 1861 lauten. Man schreibt und spricht über Eventual-

itäten, ohne nur im mindesten weitere Anhaltspunkte zu haben als den, daß die Armee = Organisation an sich nicht rückgängig gemacht werden kann, und damit sind Alle einverstanden. Alle anderen an die Organisation sich knüpfenden Fragen sind doppelter Art, legislative oder administrative; letztere gehen lediglich den Kriegsherren an, erstere, wie die Dienstzeit für Linie und Landwehr, wäre Sache des Landtages, und wir wissen nicht, was darüber vorgelegt werden soll. Endlich kommt die finanzielle Seite, und von Herrn v. Patow's Vorlagen, mit denen offenbar das Staatsministerium stehen oder fallen will (wenn man an einer Aeußerung eines halböffentlichen Organes festhalten kann) weiß man auch noch gar nichts. Folglich ist eigentlich alles, was darüber geredet und geschrieben wird, nur voreilig abgelesen von anderweitigen politischen Aufschlüssen, welche die Regierung doch nur dem Landtage geben wird, und die sich sogar bis zur Zeit der Debatten sehr ändern können.“

Gegen das Urtheil des Posener k. Kreisgerichts, welches den „Diennil pogn.“, seinen Verleger Metzgerbach und seinen Redacteur Jagielski, sowie den Maschinenbaulever Mizerki wegen Uebertretung des Verurtheilungsgesetzes getroffen, haben sowohl die Verurtheilten als die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt.

Der Bischof von Limburg will resigniren. — Das bischöfliche Domkapitel zu Limburg hat sich an den Papst gewendet und diesen gebeten, er möge die Resignation nicht genehmigen. Nach einem Rescript des Papstes vom 7. v. M. ist das bischöfliche Domkapitel beauftragt, sich zu dem Bischof zu verfügen, um diesem im Namen des Papstes kund zu thun, daß er sei durch den Wunsch des Papstes, daß der Bischof den Gedanken, das bischöfliche Amt niederzulegen, ganz aufgebe, und die Verwaltung dieser Diocese fernerhin fortführe; und wie der Papst hoffe, daß seinem Verlangen aufs bereitwilligste nachgegeben werde.

In einer aus Frankfurt datirten Correspondenz der „Deutschen Allg. Ztg.“ heißt es: Alexander Herzen schreibt mir, daß Bakunin bereits von Newyork in See gegangen sei und daß er ihn nach Weihnachten bei sich in London erwarte.

Frankreich.

Paris, 10. Dezember. Die gestrige Rückkehr des Hofes nach Paris hat nicht ohne einen gewissen militärischen Aufwand stattgefunden. Schon am frühen Morgen hatten Voltigeure und Kürassiere der Garde sich in Bewegung gesetzt. Ein Gardie = Infanterie = Regiment hatte bei der Ankunft den Ehrendienst und wurde im großen Eisenbahnhofe der Nordbahn aufgestellt. Gegenüber dieser Truppe stand ein Bataillon des 6. Linien = Infanterie = Regiments mit der Fahne. Der kaiserliche Zug kam etwas nach halb vier an, und die Hofwagen mit den hohen Herrschaften nahmen darauf durch die Straße Denain, die Boulevards von Magenta, Strasbourg, Sebastopol und die Rue de Rivoli den Weg nach den Tuileries. Man sagt, daß der diesjährige Aufenthalt in Compiegne dem Hofe und den für längere Zeit Eingeladenen einen bleibenden Eindruck zurückgelassen hat, da sich bisher noch nie so viel Gäste daselbst versammelt hatten. Der Kaiser soll gerade weil jetzt der Luxushandel in Paris so sehr danieder liegt, der Ansicht sein, Paris diesen Winter durch eine Reihe glänzender Feste zu beleben. Ganz zuletzt gab in Compiegne noch einen merkwürdigen Besuch, freilich nicht im Schlosse wohnhaft, sondern im Gasthause zur Glocke, einen Bourbon, nämlich einen Prinzen von Capua, der durch seine Vermählung mit der Irälanderin Penelope Smith einst so großen Skandal erregte. Auffallend ist nicht das Gasthofquartier für den Proß vom königlichen Bourbon, sondern das Dahinkommen, so lange ein Bonaparte dort residirt. — Es ist die Rede davon, daß die Civilisten des Kaisers in Anbetracht der Aufhebung der außerordentlichen Gr. d. b. bedeutend erhöht werden, daß er aber dafür auf irgend außerordentlichen Zuschuß, unter welchem Vorwand immer, keinerlei Anspruch mehr haben soll. — Der Marquis de Fiers, der vor einigen Tagen dem ersten Präsidenten des Oberrechnungs Hofes seinen Rücktritt aus dieser Corporation, der er seit dreißig Jahren angehört, meldete, hat nun auch sein Cassations = Gesuch zurückgezogen. — Die Angelegenheit des Hrn. Mirès wird am 19. December vor der Criminalkammer des Cassationshofes vorkommen. Heute plaidirt Jules Favre für die Actionäre der Eisenbahnkasse, u. z. sich dem für den morgigen Tag angezeigten Zwangsverkauf der drei Gebäulichkeiten in der Rue Richelieu zu widersetzen, welche einen Theil der Mirès'schen Masse bilden. Gleichzeitig wird Hr. Eschard im Namen derselben Actionäre vor dem Handelsgericht einen Proceß gegen die Liquidatoren dieser Gesellschaft anhängig machen, um von ihnen Rechenschaft über ihre Verwaltung zu verlangen und um ihnen ausdrücklich untersagen zu lassen, sich in nicht dringliche Verwaltungsangelegenheiten einzumischen, ehe die Tribunale über das Handelsgerichtsurtheil vom 4. April, gegen welches appellirt worden ist, das letzte Wort gesprochen haben. (Der von Jules Favre vor Gericht vertretene Antrag der Actionäre der Casse Mirès, die von den Liquidatoren der Masse angeordnete Versteigerung der drei Häuser der Rue Richelieu zu sistiren, wurde heute von dem Tribunal zurückgewiesen. Die Versteigerung findet also morgen statt. Die Liquidatoren schätzen den Werth der Häuser auf etwa 4.300.000 Francs; die Actionäre glauben, wie Herr J. Favre versichert, daß sie 7 bis 8 Millionen werth seien. — Der Justizminister wird dieser Tage ein Rundschreiben über die nach seiner Ansicht dem Geseße über die Unterzeichnung von Zeitungs = Artikeln zugebende Auslegung erlassen.)

Das Civilgericht des Seine = Departements in Paris hat sich vorige Woche gegen die von der Regierung des Canton Wallis verlangte Vollziehung des von dem Bezirksgericht in Martigny gegen die Ver-

waltung der Gesellschaft der Ligne d'Italie gestellten Urtheilspruches (die Linie wurde unter Sequencer gestellt) und die nach Paris ausgeschriebene Generalversammlung der Actionäre dieser Bahn als unzulässig erklärt.

Das französische Geschwader, das sich nach Mexico begibt, befand sich, den letzten Nachrichten zufolge, auf der Rhebe von Teneriffa. Der französische Admiral Jurien de la Gravière hat einen von dort datirten Tagesbefehl (22. November) erlassen, w. z. er seinen Soldaten erklärt, daß sie keineswegs als Feinde des mexicanischen Volkes auftreten müssen; daß sie nur nach jenen fernem Gestaden gehen, um der dort ewig herrschenden Zwietracht ein Ziel zu setzen. Der wahre Feind, den man dort zu bekämpfen habe, sei nicht diese oder jene politische Faction, sondern die Anarchie, die, wie er hinzufügt, ein Feind sei, mit dem zu unterhandeln unnütz wäre. Der „Massena“ mit der Admiralsflagge hatte Teneriffa am 26. November wieder verlassen.

Belgien.

Die belgische Kammer hat in ihrer Samstags = Sitzung die Berathung des 18. und besonders wichtigen Adressparagraphe in Angriff genommen, der also lautet: „Die den Studien zugewandten Besitzthümer und die Kirchengüter sind weltlicher Natur. Der Staat ist über deren angemessene Verwaltung der Gesellschaft verantwortlich.“ Es handelt sich um die Verweltlichung der geistlichen Besitzthümer der Geistlichkeit. Die Rechte hat ein Amendement beigebracht, welches folgendermaßen lautet: „Die Maßregeln, welche man uns unterbreiten wird, um die in der Geseßgebung über Verwaltung der Kirchengüter möglicherweise vorhandenen Lücken auszufüllen, werden von der Kammer mit ernstlicher Sorgfalt geprüft werden, um die „dem Eigenthum“ schulbige Achtung mit den Nothwendigkeiten einer guten Verwaltung in Einklang zu bringen.“ Die sehr stürmisch begonnene Discussion ist die Fortsetzung der durch den Ausfall von 1859 unterbrochenen Berathung der Wohltätigkeitsfrage.

Großbritannien.

London, 10. Dezember. Das Kriegs = Comité hatte gestern eine Berathung in der Amtswohnung des Kriegsministers in Pallmall. Zugegen waren: Sir S. C. Lewis, der Herzog von Cambridge, Lord Palmerston, der Herzog von Newcastle, der Herzog von Somerset, Graf Granville, Sir C. Wood, Graf de Grey, der Kron = Advocate, der General = Fiskal, Sir Thomas Fremantle und der Secretär des Geheimen Rathes. — Der „Warrior“ ist so weit, daß er morgen in See gehen könnte. Acht seiner 68 = Pfunder sind durch 100 = pfündige Armstrongkanonen ersetzt worden. — Die zweitgrößte Eisenschiff England's, „The Black Prince“, wird ebenfalls mit möglichstster Eile in Stand gesetzt, doch wird es noch viel Zeit und Arbeit erfordern, bis sie zum Dienst verwendet werden kann. — Nach Woolwich ist der Befehl ergangen, die vom Oberst Kennedy befehligten 1. und 3. Bataillone des Militär = Trains zur Einschiffung nach Canada bereit zu halten. — Die Admiralität will noch 3 Dampfer mieten, um 600 — 800 Tonnen Kriegsvorräthe nach Jamaika und Halifax und weitere 800 Tonnen nach Bermuda zu befördern. — Die Canadier beklagen sich, daß sie den Winter über, wo sie, um nach Europa zu kommen, die Vereinigten Staaten passieren müssen, viel von den amerikanischen Passplacieren zu leiden haben werden. Ohne Paß dürfen sie sich nicht einschiffen, und amerikanische Pässe werden nicht von den betreffenden Consuln in Canada ertheilt, sondern müssen stets direct von Herrn Seward aus Washington bezogen werden. — Die Friedensgesellschaft hat, wie immer, wenn Sturm in Anzug ist, aus ihrem hiesigen Central = Bureau einen Aufruf an alle ihre Zweigvereine und Genossen erlassen, daß diese nach Kräften im Geiste des Vereins thätig sein möchten.

Schweden.

Der König von Schweden ist am 7. in Christiania angelangt. Außer dem Staatsminister Sjöberg hat auch der Staatsrath Petersen seinen Abschied genommen, und der König hat den früheren Staatsrath Stang beauftragt, unter dem Beistand des Amtmanns Wall, als Vermittler zwischen ihm und dem gegenwärtigen Ministerium einen neuen Staatsrath zu bilden.

Italien.

Aus Turin schreibt man der „F. P.“, daß die dortige Bevölkerung sich seit acht Tagen in einer febrilen Unruhe befinden soll. Man befürchtet eine Demonstration gegen die Deputirtenkammer, aus welchem Grunde sämtliche Nachtposten verdoppelt seien und des Abends und die Nacht hindurch fortwährend Patrouillen die Straßen durchziehen.

Der Turiner Senat hat am 10. d. den Gesetzentwurf, betreffend die zeitweilige Beschneidung der religiösen Häuser für den Staatsdienst angenommen. Die Kommission der zweiten Kammer, welche die von Bertani gegen Minghetti und indirect auch gegen Peruzzi erhobene Anklage auf Verlegung des Briefgeheimnisses prüfen soll, hat am 9. ihre erste Sitzung gehabt, und die Beweisstücke Bertani's entgegengenommen.

Die „Italia“ vom 10. Dezember sagt, die Nachricht, daß der Admiral Persano zur Discussion gestellt worden, sei unrichtig. Der Admiral ist zur Disposition des Marine = Ministers gestellt worden, eine Maßregel, die eine ganz andere Bedeutung hat. Der „F. P.“ wird aus Neapel geschrieben, daß einige kleine Aufstandsversuche abgelehnt, die Lösung der Recruten so ziemlich gut abgelaufen sei. Bloß in Gallipoli soll der Widerstand ernstlich gewesen sein. Anders dürfte es werden, bis die Stellung der Recruten selbst angeordnet werden wird. Die

L. 18675. E d y k t. (3397. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski wzywa niniejszym z powodu zadanja p. Michała Jasińskiego, p. Ludwika Jasińskiego i p. Leokady Jasińskiej tabularnych właścicieli uprawnionych do poboru w obwodzie Tarnowskim położonych, w tabuli krajowej dom. 57 pag. 266 n. hár. umieszczonych dóbr Brzeziny celem przyznania na mocy odczwy c. k. Krakowskiej ministeryalnej komisji indemnizacyjnej z dnia 16. Kwietnia 1855 do L. 1725 dla wyż wzmiankowanych dóbr Brzeziny dozwolonego kapitału wynagrodzenia za powinności poddańcze w kwocie 991 złr. 10 kr. mk. tych którym prawo (zastawu) hipotekarne na rzeczonych dobrach przysłuży aby swoje zadanja i pretensje najdalej do końca Grudnia 1861 w tutejszym c. k. Sądzie pisemnie lub ustnie przedłożyli.

Zameldowanie to ma zawierać:
a) dokładne wyrażenie imienia i nazwiska, tudzież miejsca pobytu (liczby domu) zgłaszającego się, lub jego pełnomocnika, który ma się wykazać pełnomocnictwem, prawnymi wymogami opatrzonym i legalizowanym.
b) Płose żądanej pretensji hipotekowanej, tak co do kapitału jakoteż co do odsetków o ile takowemu równie z kapitałem prawo zastawu przysłuży.
c) tabularne oznaczenie oznajmionej pretensji i w razie zgłaszający się za obrębem tego c. k. Sądu mieszka, oznajmienie pełnomocnika w obrębie Sądu mieszkającego celem wręczenia mu sądowych rozporządzeń, inaczej albowiem takowe zgłaszającemu się przez pocztę z równym skutkiem prawnym jak przez oddanie do rąk własnych przesłane będą.

Oraz czyni się wiadomo, że ten któryby w powyższym terminie oznajmienia nie wniósł, tak uważanym będzie, jak gdyby z przekazaniem swęj pretensji do kapitału wynagrodzenia według koleina niego przypadającej zgadzał się i że to milczenie niezwołenie na przekazanie do kapitału wynagrodzenia także co do później obliczyć się mających kwot tegoż kapitału zastosowaniem będzie, że nareszcie przy postępowaniu sądowem więcej słuchanym nie będzie. Termin oznajmienia zamierzający traci prawo czynienia wszelkich zarzutów i wszelką prawną obronę przeciw skutecznemu porozumieniu się interesentów w myśl §. 5. ces. patentu z dnia 25. Września 1850, rozumie się w tenże jeżeli jego pretensja w miarę porządku tabularnego do kapitału indemnizacyjnego przekazana lub w myśl §. 27. ces. patentu z dnia 5. Listopada 1853 na gruncie zabezpieczona została.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.
Tarnów, dnia 10. Grudnia 1861.

N. 5605/517. Anfündigung. (3386. 2-3)

Die Sicherstellung der für Krakau und Podgórze und die dazu gehörigen fortificatorischen Objecte dann Militär-Etablissements bis Ende October 1862 zur Verführung von Militär-Materialgütern erforderlichen Lastfuhrer, dann für denselben Zeitraum, der nöthig werden den Lastfuhrer wird hiemit ausgeschrieben.

Ausgeschlossen dabei ist die Verführung der Natural-Verpflegungsgegenstände und der Baumaterialien. Die Sicherstellung erfolgt durch Uebernahme schriftlicher gestellter Offerten — diese müssen gesetzmäßig gestempelt bei Anboten für Lastfuhrer mit einem Badium von 20 fl., bei Anboten für Lastfuhrer mit einem Badium von 30 fl. belegt sein.

Die Anbote sind bei Lastfuhrer für zwei oder vier-spännige — und bei Lastfuhrer wie bei Lastfuhrer — für einen halben und ganzen Tag zu stellen; der halbe Tag gilt von Früh 6 bis Mittags 12 Uhr oder Nachmittags von 1 bis 7 Uhr, der ganze Tag von 6 Uhr Früh bis 7 Uhr Abends mit Einschluß der üblichen Fütterungszeit. Die Preise sind mit Ziffern und Buchstaben anzugeben.

Die Offerte sind längstens bis 23. December d. J. 12 Uhr Mittags beim k. k. Festungs-Commando zu Krakau einzureichen, wo auch die ausführlichen Bedingungen zu Ferdinands-Einsicht bereit liegen.
Krakau, am 10. December 1861.

N. 885 Stf. Steckbrief. (3394. 2-3)

Zur Verfolgung des, des Diebstahlsverdrehens rechtlich beizichtigten und flüchtig gewordenen Stanislaus Grelak richtig Grelowski.

Derselbe ist aus Poręba Krzeszowice Bezirks gebürtig, in Dabrowa wohnhaft, über 17 Jahre alt, hat nur eine Mutter 1. Ehe Grelowska 2. Ehe Strzymczok in Dabrowa bei Jaworzno, röm.-katholisch, klein, schlank, Gesicht oval, Haare und Augenbraunen dunkel-blond, Stiern niedrig, Nase und Mund gewöhnlich, spricht nur polnisch, befondere Kennzeichen ist am Rücken und Hüfte mit Wasser verbrannt worden, wodurch ein Zeichen zurückblieb. Zur Zeit der Flucht war bauermäßig angezogen.

Bei seiner Betretung ist festzunehmen und an dieses k. k. Untersuchungsgericht abzuliefern.

Vom k. k. Untersuchungs-Gerichte.
Chrzanów, am 2. December 1861.

List gończy.

W celu wysledzenia Stanisława Grelaka właściwie Grelowskiego jako o zbrodni kradzieży prawnie poszukiwanego, a po dokonaniu téż zbrodni zbiegłego.

W der Buchdruckerei des „CZAS.“

Stanisław Grelowski jest rodem z Poręby, Krzeszowieckiego powiatu, w Dąbrowie zamieszkały, liczy lat przeszło 17, ma tylko matkę Helenę z 1go małż. Grelowską 2go małż. Strzymczok w Dąbrowie przy Jaworzniu, katolik, małego wzrostu, szczupły, twarz okrągła, ciemno blond włosy i powieki, czoło niskie, nos i usta zwyczajne, mówi po polsku, znaki osobliwsze na plecach i biodrze od sparzenia gorącą wodą pozostałe.

W czasie ucieczki był po chłopsku ubrany. W razie ujęcia ma być wspomniony Stanisław Grelowski do tutejszego c. k. Sądu śledczego odstawiony.

Od c. k. Sądu śledczego.
Chrzanów, dnia 2. Grudnia 1861.

N. 1339 pr. Concurs-Rundmachung. (3405. 2-3)

Zu befehen sind:
Zwei Amtsoffizialstellen bei der Rechnungs-Kanzlei der k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau in der XI. Diätencasse mit dem Gehalte jährl. 630 fl. eventuell 525 fl. Gesuche sind insbesondere unter Nachweisung der Prüfung aus der Staatsrechnungswissenschaft und der Kenntniß der Landessprache binnen 3 Wochen bei der Finanz-Landes-Direction in Krakau einzubringen. Auf disponible Beamte welche die erforderliche Eignung besitzen, wird vorzugsweise Bedacht genommen.

Vom der k. k. Finanz-Landes-Direction.
Krakau, am 8. December 1861.

N. 1344. pr. Concursauschreibung. (3406. 2-3)

Zu befehen ist:
Eine stabile Finanz-Concipistenstelle bei der k. k. Finanz-Procuratur in Krakau in der IX. Diätencasse mit dem Gehalte jährlich 630 fl. b. W. und eventuell eine Concepts-Practikantenstelle mit Adjutum jährlich 315 fl. b. W.

Bewerber haben ihre gehörig documentirten Gesuche unter Nachweisung der bisher geleisteten Dienste und erworbenen Geschäftskenntnisse des sittlichen und politischen Wohlverhaltens der Kenntniß der Landessprache, ferner bezüglich der Concipistenstelle insbesondere der für den Finanz-Procuratorsdienst erforderlichen juristischen Ausbildung, insbesondere der entweder im Fiscaldienste, oder bei einem Advocaten, oder landesfürstlichen Gerichte erworbenen Rechtspraxis im vorgeschriebenen Wege binnen 4 Wochen vom Tage der ersten Einschaltung in dem Amtsblatte der „Wiener Zeitung“ beim Vorstande der k. k. Finanz-Procuratur in Krakau unter Angabe ob und in wieferne sie mit einem Beamten der k. k. Finanz-Procuratur verbandt oder verschwägert sind, einzubringen. Auf disponible k. k. Beamte, welche die Eignung für diesen Posten nachweisen, wird vorzugsweise Rücksicht genommen werden.

Vom Präsidium der k. k. Finanz-Landes-Direction.
Krakau, am 7. December 1861.

N. 3083. E d y k t. (3388. 3)

Ze strony c. k. Urzędu powiatowego jako Sąd w Nowymtargu wiadomo się czyni, że dnia 1go Listopada 1818 Jan Stolarczyk beztestamentalnie w Łasku zmarł.

Gdy miejsce pobytu spadkobiercy Jana Stolarczyka niewiadome jest, wzywa się tego, ażeby w przeciągu jednego roku od dnia niżej wyrażonego do tutejszego sądu się zgłosił i swe oświadczenie do dziedzictwa dał, w przeciwnym bowiem razie pertraktacja spadku z spadkobiercami obecnymi i ustanowionym kuratorem Franciszkiem Szeńczykiem przeprowadzoną będzie.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sąd.
Nowy targ, dnia 28. Października 1861.

Rundmachung



der kais. königl.

privil. galizischen

Carl Ludwig-Bahn.

Im Nachhange der hierörtigen Rundmachung vom 25. September l. J. wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die bei der hierseitigen Expedition entlehnten, im gefüllten Zustande dem Bahntransporte übergebenen und sodann an die Entlehnungsstation im leeren Zustande retour ausgegebenen Carl Ludwig-Bahn

Getreide-Säcke

vom 10. December l. J. an

sowohl auf der hierseitigen Bahnstrecke, als auch auf der Kaiser Ferdinands-Nordbahn und der königlichen Oberschlesischen Bahn gebührenfrei rückbefördert werden.

Wien, am 6. December 1861.

Von der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Betrad. Min. 0° Reaumur	Temperatur nach Reaumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Ercheinungen in der Luft	Andeutung des Witterungs-Verlaufs
13	2	331.66	- 1.1	91	West-schwach		Nebel	- 42 + 0.4
14	10	31.90	- 4.2	90	St.			
14	6	30.72	- 5.2	71	St.			

L. 4157. c. E d y k t. (3389. 3)

Przez c. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Nowymtargu czyni się wiadomo, iż w miesiącu Listopadzie 1847 zmarł w Podczerwonem Jędrzej Ziemia beztestamentalnie.

Sąd nieznając pobytu Anny Obyrtacz wzywa ją, ażeby w przeciągu roku jednego od dnia niżej wyrażonego licząc, w tutejszym sądzie się zgłosiła, i oświadczenie się za dziedziczkę tak po Jędrzeju Obyrtacz, jakoteż po Michale Obyrtacz wniosła, w przeciwnym bowiem razie spadek byłby pertraktowany z temi którzy się zgłosili i z kuratorem Jędrzejem Obyrtaczem dla niej ustanowionym.

Z c. k. Urzędu powiatowego.
Nowy targ, dnia 28. Października 1861.

N. 17162. E d y k t. (3407. 3)

C. k. sąd obwodowy Tarnowski uwiadamia niniejszem nieznajomą z miejsca pobytu Franciszkę 1o małż. Jan strzebską 2o małż. Zakrzewską, że Jan Bozniacki wniósł do tutejszego sądu pod dniem 20 Września 1860 l. 13491 skargę wekslową o zapłacenie 840 złw. a. z. p. n. w skutek której pod dniem 25 Września 1860 do l. 13491 nakaz płatniczy wydanym został.

Ponieważ miejsce pobytu zapozwanej znajomym nie jest wiadome, wyznacza się dla niej kuratora w osobie p. c. k. naczelnika powiatowego Zakrzewskiego na teże niebezpieczeństwo i kosztu, i doręcza się takowemu wyż wymieniony nakaz płatniczy tutejszego c. k. sądu.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.
Tarnów, dnia 4 Grudnia 1861.

Intelligenzblatt.

Zu dem bevorstehenden Weihnachts- und Neujahrsfeste empfiehlt die

Galanterie-Handlung des

LEON FEINTUCH

in Krakau, Ring Nr. 234

ihr sehr reichhaltiges Lager

von neuesten (3401. 2-3)

Spiel- u. anderen Waaren

zu Festgeschenken sich eignend,

zu billigt festgesetzten Preisen.

Feinste echte

CARAVANEN-THEE

in Original-Paketen das Pfund zu fl. 3, 4, 5, 6, 8 ö. W. in Banknoten bei

THEOPHIL SEIFERT

in Krakau,

aus der bekannten bestrenommirten Thee-Groß-

handlung von

PETER HOFER IN WIEN

unter Garantie für Echtheit des Thees und für

solidste Bedingung. (3399. 3)

Wiener - Börse - Bericht

vom 12. December.

Öeffentliche Schuld.

A. Des Staates.

Art	Preis	Art	Preis
30 Defl. B. zu 5% für 100 fl.	62.75	100 fl. Rente	62.80
aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	62.30	100 fl. Rente	62.40
Bom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	66.60	100 fl. Rente	66.75
Metalliques zu 5% für 100 fl.	66.60	100 fl. Rente	66.75
ditto. 4 1/2% für 100 fl.	69.00	100 fl. Rente	69.25
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	122.12	100 fl. Rente	122.25
" 1854 für 100 fl.	88.25	100 fl. Rente	88.75
" 1860 für 100 fl.	89.40	100 fl. Rente	89.60
Como-Renten-Scheine zu 4 1/2% austr.	17.80	100 fl. Rente	18.00

Art	Preis	Art	Preis
von Niebe. Dier. zu 5% für 100 fl.	69.00	100 fl. Rente	69.50
von Niebe. Dier. zu 5% für 100 fl.	67.00	100 fl. Rente	67.50
von Niebe. Dier. zu 5% für 100 fl.	68.50	100 fl. Rente	68.50
von Niebe. Dier. zu 5% für 100 fl.	68.00	100 fl. Rente	68.50
von Niebe. Dier. zu 5% für 100 fl.	68.00	100 fl. Rente	68.50
von Niebe. Dier. zu 5% für 100 fl.	68.00	100 fl. Rente	68.50
von Niebe. Dier. zu 5% für 100 fl.	68.00	100 fl. Rente	68.50
von Niebe. Dier. zu 5% für 100 fl.	68.00	100 fl. Rente	68.50
von Niebe. Dier. zu 5% für 100 fl.	68.00	100 fl. Rente	68.50
von Niebe. Dier. zu 5% für 100 fl.	68.00	100 fl. Rente	68.50

Art	Preis	Art	Preis
der Nationalbank	749.00	100 fl. Rente	750.00
der Kreditbank für Handel und Gewerbe	178.30	100 fl. Rente	178.40
der österr. österr. Bank	592.00	100 fl. Rente	593.00
der österr. österr. Bank	2098.00	100 fl. Rente	2100.00
der österr. österr. Bank	279.50	100 fl. Rente	280.00
der österr. österr. Bank	158.00	100 fl. Rente	158.25
der österr. österr. Bank	119.50	100 fl. Rente	119.75
der österr. österr. Bank	147.00	100 fl. Rente	147.25
der österr. österr. Bank	263.00	100 fl. Rente	264.00
der österr. österr. Bank	165.00	100 fl. Rente	165.50
der österr. österr. Bank	421.00	100 fl. Rente	422.00
der österr. österr. Bank	198.00	100 fl. Rente	199.00
der österr. österr. Bank	397.00	100 fl. Rente	398.00
der österr. österr. Bank	387.00	100 fl. Rente	388.00

Art	Preis	Art	Preis
der Nationalbank	102.50	100 fl. Rente	102.75
der Nationalbank	89.00	100 fl. Rente	89.25
der Nationalbank	84.99	100 fl. Rente	85.00
der Nationalbank	122.70	100 fl. Rente	122.90
der Nationalbank	96.25	100 fl. Rente	96.50
der Nationalbank	122.00	100 fl. Rente	122.25
der Nationalbank	53.00	100 fl. Rente	53.25
der Nationalbank	35.00	100 fl. Rente	35.25
der Nationalbank	101.00	100 fl. Rente	101.25
der Nationalbank	38.00	100 fl. Rente	38.25
der Nationalbank	37.25	100 fl. Rente	37.50
der Nationalbank	34.25	100 fl. Rente	34.50
der Nationalbank	37.25	100 fl. Rente	37.50
der Nationalbank	20.50	100 fl. Rente	20.75
der Nationalbank	22.25	100 fl. Rente	22.50
der Nationalbank	15.25	100 fl. Rente	15.50

Art	Preis	Art	Preis
der Nationalbank	102.50	100 fl. Rente	102.75
der Nationalbank	89.00	100 fl. Rente	89.25
der Nationalbank	84.99	100 fl. Rente	85.00
der Nationalbank	122.70	100 fl. Rente	122.90
der Nationalbank	96.25	100 fl. Rente	96.50
der Nationalbank	122.00	100 fl. Rente	122.25
der Nationalbank	53.00	100 fl. Rente	53.25
der Nationalbank	35.00	100 fl. Rente	35.25
der Nationalbank	101.00	100 fl. Rente	101.25
der Nationalbank	38.00	100 fl. Rente	38.25
der Nationalbank	37.25	100 fl. Rente	37.50
der Nationalbank	34.25	100 fl. Rente	34.50
der Nationalbank	37.25	100 fl. Rente	37.50
der Nationalbank	20.50	100 fl. Rente	20.75
der Nationalbank	22.25	100 fl. Rente	22.50
der Nationalbank	15.25	100 fl. Rente	15.50

Art	Preis	Art	Preis
der Nationalbank	102.50	100 fl. Rente	102.75
der Nationalbank	89.00	100 fl. Rente	89.25
der Nationalbank	84.99	100 fl. Rente	85.00
der Nationalbank	122.70	100 fl. Rente	122.90
der Nationalbank	96.25	100 fl. Rente	96.50
der Nationalbank	122.00	100 fl. Rente	122.25
der Nationalbank	53.00	100 fl. Rente	53.25
der Nationalbank	35.00	100 fl. Rente	35.25
der Nationalbank	101.00	100 fl. Rente	101.25
der Nationalbank	38.00	100 fl. Rente	38.25
der Nationalbank	37.25	100 fl. Rente	37.50
der Nationalbank	34.25	100 fl. Rente	34.50
der Nationalbank	37.25	100 fl. Rente	37.50
der Nationalbank	20.50	100 fl. Rente	20.75
der Nationalbank	22.25	100 fl. Rente	22.50
der Nationalbank	15.25	100 fl. Rente	15.50

Art	Preis	Art	Preis
der Nationalbank	102.50	100 fl. Rente	102.75
der Nationalbank	89.00	100 fl. Rente	89.25
der Nationalbank	84.99	100 fl. Rente	85.00
der Nationalbank	122.70	100 fl. Rente	122.90
der Nationalbank	96.25	100 fl. Rente	96.50
der Nationalbank	122.00	100 fl. Rente	122.25
der Nationalbank	53.00	100 fl. Rente	53.25
der Nationalbank	35.00	100 fl. Rente	35.25
der Nationalbank	101.00	100 fl. Rente	101.25
der Nationalbank	38.00	100 fl. Rente	38.25
der Nationalbank	37.25	100 fl. Rente	37.50
der Nationalbank	34.25	100 fl. Rente	34.50
der Nationalbank	37.25	100 fl. Rente	37.50
der Nationalbank	20.50	100 fl. Rente	20.75
der Nationalbank	22.25	100 fl. Rente	22.50
der Nationalbank	15.25	100 fl. Rente	15.50

Banke (Platz) Sconto			
Amberg, für 100 fl. süddeutsch. Währ. 3 1/2 %	119.54	119.7	
Frankf. a. M., für 100 fl. südd. Währ. 3 %	119.7	119.7	
Bamberg, für 100 M. R. 3 %	105.40	105.5	
London, für 10 Pfd. Sterl. 5 %	141.24	141.2	
Paris, für 100 Francs 5 %	55.70	55.8	
Cours der Geldsorten.			